



Département de la sécurité, des institutions et du sport
Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

An die Damen und Herren
Präsidentinnen und Präsidenten der Kindes- und
Erwachsenenschutzbehörden (KESB)

Referenzen MP/ACB
Datum **18. Okt. 2017**

Parallele Kompetenzen der KESB und der Bezirksrichter

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrter Herr Präsident

Im Rahmen der Arbeiten einer ausserparlamentarischen Kommission hat sich gezeigt, dass sich in der Theorie die jeweiligen Zuständigkeiten der KESB und des Bezirksrichters bei der Umsetzung des Familienrechts klar voneinander unterscheiden. In der Praxis allerdings, je nach den Umständen eines konkreten Falles, kann die Abgrenzung der Zuständigkeiten zu Diskussionen führen.

Die beiden Bezirksrichter Christophe Pralong und Stéphane Zenger haben anhand verschiedener anerkannter Leitsätze, eine Studie über die parallelen Zuständigkeiten der KESB und der Bezirksrichter verfasst.

In der Beilage lassen wir Ihnen – mit Zustimmung der Autoren – diese sehr interessante Studie zukommen, welche in verdienstvoller Weise hilft, gewisse aus der Praxis bekannte Situationen zu klären. Wir weisen Sie darauf hin, dass diese Studie sehr wahrscheinlich im letzten Heft der Zeitschrift für Walliser Rechtsprechung für das Jahr 2017 veröffentlicht werden wird.

Wir hoffen, dass Ihnen diese Studie in Ihrer täglichen Arbeit von Nutzen sein wird.

Mit freundlichen Grüssen


Frédéric Favre
Staatsrat

Beilage erwähnt

Kopie an - die Bezirksrichter Christophe Pralong und Stéphane Zenger
- die Inspektorin und die Inspektoren der KESB



Die jeweiligen Zuständigkeiten des Richters und der KESB bei der Umsetzung des Familienrechts

1. nicht verheiratete Eltern

30.08.2017

elterliche Sorge (Art. 296 ff ZGB)	Festlegung der anwendbaren Regelung im ausserehelichen Verfahren	Änderung der anwendbaren Regelung im ausserehelichen Verfahren
	<p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298a Abs. 4 ZGB: Entgegennahme der gemeinsamen Erklärung der Eltern, wenn das Kind nur beim Zivilstandsamt anerkannt wurde • Art. 298b ZGB: Entscheid bei Streitigkeiten der Eltern, vorbehalten bleibt die Klage auf Leistung des Unterhalts beim zuständigen Richter (Abs. 3) <p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298b Abs. 3 ZGB: Entscheid bei einer Klage auf Leistung des Unterhalts • Art. 298c ZGB: Entscheid bei einer Vaterschaftsklage 	<p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298d Abs. 1 ZGB: Entscheid auf Begehren eines Elternteils oder von Amtes wegen, bei wesentlichen Änderungen der Verhältnisse oder bei Genehmigung einer Konvention, vorbehalten bleibt die Klage auf Änderung des Unterhaltsbeitrags an das Gericht (Abs. 3). • Art. 296 Abs. 3 ZGB: bei Aufhebung der umfassenden Beistandschaft oder bei minderjährigen Eltern • Art. 297 Abs. 2 ZGB: bei Tod des Elternteils, dem die elterliche Sorge allein zustand <p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298d Abs. 3 ZGB: Entscheid bei Klage auf Änderung des Unterhaltsbeitrags
Bestimmung des Aufenthaltsortes des Kindes (als Bestandteil der elterlichen Sorge)	<p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 301a Abs. 2 ZGB: bei Streitigkeiten der Eltern, welche die elterliche Sorge gemeinsam ausüben, in beiden Fällen auf welche diese Bestimmung abzielt (lit. a: der neue Aufenthaltsort befindet sich im Ausland; lit. b: der Wechsel des Aufenthaltsortes hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung der elterlichen Sorge und den persönlichen Verkehr durch den anderen Elternteil) <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298a Abs. 4 ZGB: Entgegennahme der gemeinsamen Erklärung der Eltern über die gemeinsame elterliche Sorge, mit welcher diese bestätigen, dass sie sich über die in Art. 298a Abs. 2 ZGB (Obhut, persönlicher Verkehr, (siehe Art. 275 Abs. 1 ZGB), Betreuungsanteile und Unterhaltsbeitrag) erwähnten Punkte einig sind • Art. 298b Abs. 3 ZGB: Entscheid bei Streitigkeiten der Eltern, vorbehalten bleibt die Klage auf Leistung des Unterhalts beim zuständigen Richter 	<p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 301a Abs. 2 ZGB: bei Streitigkeiten der Eltern, welche die elterliche Sorge gemeinsam ausüben, in beiden Fällen auf welche diese Bestimmung abzielt • Art. 301a Abs. 5 ZGB: bei Wechsel des Aufenthaltsortes des Kindes, welcher eine Änderung der Regelung der elterlichen Sorge mit sich bringt <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298d Abs. 2 ZGB: Entscheid auf Begehren der Eltern oder von Amtes wegen, bei wesentlichen Änderungen der Verhältnisse oder bei Genehmigung einer Konvention, vorbehalten bleibt die Klage auf Änderung des Unterhaltsbeitrags an das Gericht (Abs. 3) • Art. 301a Abs. 5 ZGB: bei Wechsel des Aufenthaltsortes, welcher eine Änderung der Regelung der elterlichen Sorge mit sich bringt
Obhut (Art. 301 ZGB), Betreuung und persönlicher Verkehr (Art. 273 ff ZGB)	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298b Abs. 3 ZGB: Entscheid bei einer Unterhaltsklage • Art. 298c ZGB: Entscheid bei einer Vaterschaftsklage <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298a Abs. 4 ZGB: Entgegennahme der gemeinsamen Erklärung der Eltern über die gemeinsame elterliche Sorge mit welcher diese bestätigen, dass sie sich über die in Art. 298a Abs. 2 ZGB erwähnten Punkte einig sind • Art. 287 Abs. 1 ZGB: bei Genehmigung eines Unterhaltsvertrags im aussergerichtlichen Verfahren • Art. 288 Abs. 2 Ziff. 1 ZGB: Vereinbarung über die einmalige Abfindung im aussergerichtlichen Verfahren 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 298d Abs. 3 ZGB: Entscheid bei Klage auf Änderung des Unterhaltsbeitrags <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 287 Abs. 2 ZGB: Genehmigung eines im aussergerichtlichen Verfahren vereinbarten Unterhaltsvertrags <p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 286 Abs. 2 ZGB: Entscheid bei Streitigkeiten (siehe Art. 298d Abs. 3 ZGB). • Art. 287 Abs. 3 ZGB: bei Genehmigung eines im gerichtlichen Verfahren vereinbarten Unterhaltsvertrags
Unterhaltsbeitrag, einschliesslich einmalige Abfindung (Art. 276 ff ZGB)	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 279 ZGB: Entscheid bei Streitigkeiten (siehe Art. 298b Abs. 3 ZGB) • Art. 287 Abs. 3 ZGB: bei Genehmigung eines in einem gerichtlichen Verfahren vereinbarten Unterhaltsvertrags • Art. 288 Abs. 2 Ziff. 1 ZGB: Vereinbarung über eine einmalige Abfindung, abgeschlossen in einem gerichtlichen Verfahren • Art. 298c ZGB: bei Gutheissung der Vaterschaftsklage, falls die Unterhaltsvereinbarungen abgeschlossen sind <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 1 und 3 AHVV <p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 1 AHVV: bei Gutheissung der Vaterschaftsklage <p>Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 4 AHVV : durch Vereinbarung 	<p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 1 AHVV <p>Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 4 AHVV: durch Vereinbarung
Erziehungsgutschriften	<p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 1 und 3 AHVV <p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 1 AHVV: bei Gutheissung der Vaterschaftsklage <p>Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 4 AHVV : durch Vereinbarung 	<p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 1 AHVV <p>Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{plus} Abs. 4 AHVV: durch Vereinbarung

<p>Kindesschutzmassnahmen (Art. 307 ff ZGB) vorsorgliche Massnahmen</p>	<p>Festlegung der anwendbaren Regelung im ausserordentlichen Verfahren</p> <p><u>KESB</u> • Art. 315 Abs. 1 ZGB</p> <p><u>Richter</u> • Art. 276 ZPO</p>	<p>Änderung der anwendbaren Regelung im ausserordentlichen Verfahren</p> <p><u>ZGB</u> • Art. 315 Abs. 1 ZGB</p> <p><u>ZGB</u> • Art. 445 ZGB</p> <p><u>Richter</u> • Art. 276 ZPO: falls er zuständig ist</p>
---	--	--

2. verheiratete, geschiedene oder getrennte Eltern, gemäss einem gerichtlichen Verfahren

		Festlegung der anwendbaren Regelung im eheliche Verfahren (Eheschutzmassnahmen, Scheidung und vorsorgliche Massnahmen)	Änderung der anwendbaren Regelung infolge des ehelichen Verfahrens (geschiedene oder getrennte Eltern, gemäss einem richterlichen Entscheid)
elterliche Sorge (Art. 296 ff ZGB)		<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 133 Abs. 1 ZGB, Art. 176 Abs. 3 ZGB in Verbindung mit Art. 298 Abs. 1 ZGB 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 134 Abs. 3 <i>in fine</i> ZGB und Art. 179 Abs. 1 ZGB: bei Streitigkeiten <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 134 Abs. 3 ZGB: bei Einigkeit der Eltern • Art. 296 Abs. 3 ZGB: bei Aufhebung der umfassenden Beistandschaft oder bei minderjährigen Eltern • Art. 297 Abs. 2 ZGB: bei Tod des Elternteils, dem die elterliche Sorge allein zustand
Bestimmung des Aufenthaltsortes des Kindes (als Bestandteil der elterlichen Sorge)		<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 301 a Abs. 2 ZGB: bei Streitigkeiten der Eltern, welche die elterliche Sorge gemeinsam ausüben, in beiden Fällen auf welche diese Bestimmung abzielt 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 301 a Abs. 2 CC : bei Streitigkeiten der Eltern, welche die elterliche Sorge gemeinsam ausüben, in beiden Fällen auf welche diese Bestimmung abzielt • Art. 301 a Abs. 5 ZGB: bei Wechsel des Aufenthaltsortes des Kindes, welcher eine Änderung der Regelung der elterlichen Sorge mit sich bringt
Obhut (Art. 301 ZGB), Betreuung und persönlicher Verkehr (Art. 273 ff ZGB)		<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 133 Abs. 1 ZGB und Art. 176 Abs. 3 ZGB: bei Genehmigung einer Vereinbarung der Eltern • Art. 133 Abs. 1 ZGB, Art. 176 Abs. 3 ZGB in Verbindung mit Art. 275 Abs. 2 ZGB: bei Streitigkeiten der Eltern 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 134 Abs. 3 und 4 ZGB und Art. 179 Abs. 1 ZGB: bei Streitigkeiten der Eltern über die elterliche Sorge und/oder die Obhut und/oder den Unterhaltsbeitrag <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 134 Abs. 3 ZGB und Art. 179 Abs. 1 ZGB: bei Einigkeit der Eltern • Art. 134 Abs. 4 ZGB: bei Streitigkeiten die sich ausschliesslich auf den persönlichen Verkehr oder auf die Betreuungsanteile beziehen
Unterhaltsbeitrag, einschliesslich einmalige Abfindung (Art. 276 ff ZGB)		<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 133 Abs. 1 ZGB und Art. 176 Abs. 3 ZGB: bei Streitigkeiten der Eltern • Art. 287 Abs. 3 ZGB: bei Genehmigung einer Vereinbarung der Eltern • Art. 288 Abs. 2 Ziff. 1 ZGB: Vereinbarung über die einmalige Abfindung in einem gerichtlichen Verfahren 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 134 Abs. 3 und 4 ZGB, Art. 179 Abs. 1 ZGB: bei Streitigkeiten der Eltern <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 134 Abs. 3 ZGB: bei Einigkeit der Eltern
Erziehungsgutscheine		<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{phis} Abs. 1 AHVV <p>Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{phis} Abs. 4 AHVV : durch Vereinbarung 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{phis} Abs. 1 AHVV <p>Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 52^{phis} Abs. 4 AHVV : durch Vereinbarung
Kindesschutzmassnahmen (Art. 307 ff ZGB)		<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 315a Abs. 1 ZGB: ordnet die Massnahmen in einem gerichtlichen Verfahren an <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 315a Abs. 1 ZGB: vollzieht die vom Richter angeordneten Massnahmen • Art. 315a Abs. 3 ZGB: ist befugt, ein vor dem gerichtlichen Verfahren eingeleitetes Schutzverfahren weiterzuführen (Ziff. 1; <i>d.h.</i>: wenn eine Untersuchung im Gange ist) und kann sofort die notwendigen Massnahmen anordnen, wenn der Richter diese voraussichtlich nicht rechtzeitig treffen kann (Ziff. 2) 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 315a Abs. 2 ZGB: kann bestehende Massnahmen anpassen • Art. 315b Abs. 1 ZGB: bei Scheidung und Eheschutzmassnahmen <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 315b Abs. 2 ZGB in den übrigen Fällen
vorsorgliche Massnahmen		<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 276 ZPO <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 445 ZGB (falls die KESB zuständig ist) 	<p>Richter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 276 CPC <p>KESB</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 445 ZGB (falls die KESB zuständig ist)